

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

A0105/20 der Fraktion GRÜNE/future!

Bezeichnung

Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ - zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	02.02.2021
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Entwicklung	25.02.2021
Verwaltungsausschuss	05.03.2021
Finanz- und Grundstücksausschuss	10.03.2021
Stadtrat	18.03.2021

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft und zur Sicherung einer langfristigen Krisenfestigkeit die Initiative: „widerstandsfähiger, resilienter, nachhaltiger Wirtschaftsraum Magdeburg 2025+“ mit definierten Bestandteilen zu initiieren. Dazu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. Entwicklung des Leitbilds „widerstandsfähiger, resilienter, nachhaltiger Wirtschaftsraum Magdeburg 2025+“ mit dem Ziel des Ausbaus bestehender und Entwicklung neuer regionaler, Wertschöpfungsnetzwerke und Absatzmärkte.

Das eine Leitbild des Wirtschaftsraumes für die Landeshauptstadt Magdeburg, welches über einen längeren Zeitraum Bestand hat und auf welches sich immer wieder bezogen werden kann, wird es nicht geben, da ein Leitbild selbst einen Zielzustand zu definieren hat. Wenn dieser für eine Stadt wie Magdeburg festgesetzt werden soll, ist er entweder maximal unkonkret oder er ist bei Konkretisierung in dem Moment obsolet, in dem er beschlossen wird. Denn insbesondere um Resilienz herbeizuführen, bedarf es maximaler Flexibilität. Womit sich der klassische Leitbildgedanke durch den inneren Widerspruch ausschließt.

2. Analyse bestehender regionaler Wertschöpfungsnetzwerke, Identifikation von regionalen Potenzialen und Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen zur Weiterentwicklung regionaler Netzwerke und Unternehmenskooperationen mit neuen Absatzmärkten.

Um nicht planlos zu handeln und um definierte Ziele strategisch zu verfolgen, ist es notwendig, den Standort makro- wie mikroökonomisch intensiv zu analysieren. Die Bandbreite der zu betrachtenden Faktoren ist immens - von soziodemographischen Merkmalen über Förderprogramme, Verfügbarkeit von Flächen und den politischen Mehrheitsverhältnissen kommunal, auf Landesebene sowie im Bund und auf europäischer Ebene bis hin zu Megatrends, die am Standort bedient werden können – und spielen eine Rolle bei der Entscheidung von Unternehmen für oder gegen einen Standort und damit bei der Entscheidung auf welche Art und Weise Magdeburg den Standort selbst vermarktet. Dieser Prozess ist bereits angestoßen. Aus Sicht des Wirtschaftsdezernates bedarf es dabei eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen der Einschätzung von innen heraus und dem Blick von außen auf die Stadt mit ihrer Region. **Derzeit befindet sich das Wirtschaftsdezernat dazu in Abstimmung mit dem Amt für Statistik, Wahlen und Digitalisierung und einem externen Partner (Prognos). Die angestoßene Analyse soll zur Entwicklung eines Themenkataloges führen, an welchem sich das Wirtschaftsdezernat perspektivisch orientieren wird. Dieser wird in den Ausschüssen des Stadtrates zur Beratung als Information vorgelegt werden.**

3. Darstellung von Maßnahmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit von regionalen Wertschöpfungsnetzwerken bzw. deren Aufbau.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob städtische/staatliche Stellen solche bereits in unternehmerische Überlegungen gehende Planungen initiieren können und überhaupt sollten. Das würde aus Sicht des Wirtschaftsdezernates planwirtschaftliche Züge aufzeigen und käme damit einem politischen Markteingriff gleich. Ein regionales Wertschöpfungsnetzwerk könnte demnach bestenfalls ein Wissensangebot darstellen, keine Handlungsanweisung.

Das Dezernat für Wirtschaft, Tourismus und regionale Entwicklung ist weder personell noch finanziell ausgestattet, um das gewünschte Netzwerk zu erarbeiten.

4. Entwicklung von Strategien zum Umgang mit Krisensituationen, insbesondere der Anpassungsfähigkeit zur Herstellung und Lagerung kritischer Güter.

Wie unter Punkt 3 bereits dargestellt, ist eine aktive Anweisung der Politik gegenüber den Unternehmer*innen auf dem freien Markt nicht zulässig, was Geschäftstätigkeit, Lagerhaltung etc. angeht.

Um Unternehmer*innen dazu zu bewegen, Produktionsstätten zu verlagern, im Krisenfall benötigte Produkte herzustellen oder diese in Größenordnungen vorzuhalten, gibt es wenige Möglichkeiten. Zum einen können aktive finanzielle Anreize zum Beispiel in Form von Förderprogrammen aufgelegt werden. Zum anderen kann die Bevorratung von definierten Gütern beauftragt und von öffentlicher Hand bezahlt werden. Andernfalls bleibt der politische oder bürgerliche Appell eine jederzeit zur Verfügung stehende Option, die jedoch auf freiwillige Umsetzung angewiesen ist.

Die Bandbreite möglicher Krisen, die auf die Landeshauptstadt Magdeburg/Sachsen-Anhalt, Deutschland, Europa und die Welt zukommen könnten ist groß. Für jedes Szenario einen Krisenplan zu erstellen ist utopisch. Insbesondere Strategien zur Bewältigung globaler Krisen sind auf europäischer oder Bundesebene zu erarbeiten, da dort die finanzielle Möglichkeit der Auflegung von Hilfs- und Unterstützungsprogrammen gegeben ist. Einzelne Kommunen sind kaum in der Lage, Krisen finanziell vollumfänglich zu begegnen.

Um gegen eine Mannigfaltigkeit von Krisen auf kommunaler Ebene gerüstet zu sein, ist die Branchenvielfalt des Wirtschaftsstandortes aus Sicht des Wirtschaftsdezernates die beste Option. **Neben den unter Punkt 2 beschriebenen Schritten zur Definition künftiger prioritärer Themenfelder der Magdeburger Wirtschaftsförderung erfolgt die Potentialeinschätzung für das künftige Vorgehen in der Zusammenarbeit mit den umgebenden Landkreisen.**

5. Die Betrachtung von Digitalisierungspotentialen in regionalen Unternehmen und resultierenden Handlungsmöglichkeiten für staatliche Institutionen als Rahmengeber*in und Koordinator*in.

Regelmäßig wird der Grad der Digitalisierung in den Unternehmen versucht zu erfassen, u.a. durch Befragungen durch Kammern und Forschungseinrichtungen. Das erfolgt auch regional. Insbesondere durch die Kammern gibt es zahlreiche Angebote an Unternehmen, den Digitalisierungsgrad zu erhöhen. Gleichwohl sind die Unternehmen am Standort teils rege eigeninitiativ tätig, um mit dem Markt Schritt zu halten. Hier sei verwiesen auf das Förderprogramm des Landes „Sachsen-Anhalt DIGITAL“, welches um weitere 20 Millionen Euro aufgestockt werden soll, weil die Nachfrage alle Erwartungen übertrifft (Stand: 12.01.2021). Das Wirtschaftsdezernat steht hier in regelmäßigem Kontakt und steht in der Bestandskundenbetreuung für die Unternehmen in Magdeburg für Fragen jederzeit zur Verfügung. Nochmals sei darauf verwiesen, dass das Wirtschaftsdezernat seine Aufgaben u.a. in der Information über die Unterstützungsmöglichkeiten sieht und Unternehmen vernetzen will ohne strategisch und operativ tätig werden zu wollen und zu können.

6. Akquise von Fördermitteln zur Verstetigung der Initiative und zur Förderung regionalen Unternehmen und Institutionen von Land, Bund und EU.

Dieses Vorgehen wird seit vielen Jahren erfolgreich vom Wirtschaftsdezernat umgesetzt. **Dazu bedarf es keines gesonderten Beschlusses.**

7. Zur Umsetzung der Initiative ist ein Netzwerk aus regionalen Wirtschaftsverbänden, regionalen Forschungseinrichtungen und den Unternehmen unter Koordination des Wirtschaftsdezernats zu bilden.

Diese Netzwerke existieren bereits seit vielen Jahren. Es existiert jedoch nicht das eine Netzwerk, sondern es existieren viele. Teils ist das Wirtschaftsdezernat federführend, teils Mitglied. Der Austausch in den verschiedenen Branchen, zu unterschiedlichen Schwerpunkten ist ein agiler Prozess, der von allen Kolleg*innen des Wirtschaftsdezernates aktiv vorangetrieben wird, um den Wirtschaftsstandort zu stärken, um Bedarfe der Unternehmer*innen zu erfragen und Rahmenbedingungen zu gestalten, die für Ansiedlungen, Expansionen und Weiterentwicklungen bestmöglich sind. **Dazu bedarf es keines gesonderten Beschlusses.**

8. Zur Umsetzung sind mindestens drei bestehende, volle Stellen im Wirtschaftsdezernat der Initiative zuzuordnen.

Beantwortung ergibt sich aus den Punkten 1.-7.

9. Zur Analyse der Wirtschaftsnetzwerke und zur Konzeption von Wertschöpfungsnetzwerken sind regionale Partner*innen mit einschlägiger, neutraler Kompetenz in der Produktion zu beauftragen. Dafür sind 150.000€ einzustellen.

Beantwortung ergibt sich aus den Punkten 1.-7.

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Sandra Yvonne Stieger